

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen und die Auskünfte die Postanstalten entgegen. — Erhältlich täglich. Fernsprech-Ausdruck Nr. 53.

Ausgabenreihe: Die Nobelpreiszeitung. Zeitung für Anzeigen aus Russland und Umgebung der Goldpreise, ausländische Anzeigen des Goldpreises, Börse- und Börsenzeitungen des Goldpreises, amtliche Zeile des Goldpreises.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 224

Donnerstag, den 25. September 1924

19. Jahrgang

Bereitschaft zum Völkerbundsbeitritt.

Vorläufige Zurückstellung des Beitrittsgeuchs bis zum Vorliegen von Garantien.

Das Ergebnis des Kabinettsrates.

Berlin, 23. September. Am heutigen Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert gab Reichskanzler Marx einen eingehenden Bericht über die Unterredungen mit Präsident Ransan. Im Anschluß daran berichtete Dr. Stresemann über die Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord d'Abernon.

Eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder ist, da die heute zu fassenden Beschlüsse nur vorbereitende Charakter haben, am Donnerstag vorgesehen. Von anderer Seite wird noch mitgeteilt, daß an der Sitzung des Ministerrates sämtliche Reichsminister teilnehmen, außer ihnen noch der Staatssekretär der Reichskanzlei Bracht, der Staatssekretär beim Auswärtigen Amt Dr. Mahnau, der Pressechef Dr. Spicker und der Staatssekretär beim Reichspräsidenten Dr. Meissner.

Das Ergebnis der Beratungen war, daß sich das Kabinett grundsätzlich für den Eintritt in den Völkerbund erklärte, aber zunächst noch gewisse Erklärungen in Genf einzuladen wolle.

Das regierungsoffizielle Wolfsburo gibt über die mit Spannung erwartete Konferenz des Reichskabinetts am Dienstag spät abends folgenden Bericht aus:

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten wurde heute ein Ministerrat abgehalten. Nach eingehender Erörterung der Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund ergab sich Einigkeit darüber, daß die Reichsregierung den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eritrete. Sie geht dabei von der Erwaltung aus, daß die vom Völkerbund behandelten Fragen, insbesondere des Schutzes der Minderheiten, der Regelung der Beziehungen des Saargebietes, die Frage der allgemeinen Abstimmung in Verbindung mit der Durchführung der Militärkontrolle, sowie die ihrer Lösung harrenden großen Fragen der Sicherung friedlichen Zusammenarbeitens der Völker, nur unter Mitwirkung Deutschlands in befriedigender Weise geregelt werden können.

Selbstverständlich kann Deutschlands Mitwirkung nur die einer gleichberechtigten Hauptmacht sein. Nachdem die auf der Londoner Konferenz erzielte Lösung der Reparationsfrage nach Aussöhnung der hauptsächlich beteiligten Mächte den Weg zu einer aktiven Behandlung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für die Reichsregierung eröffnet hatte, stand im Anschluß an die Konferenzverhandlungen Besprechungen in diesem Sinne angenommen worden. Das Ergebnis dieser Sonderungen bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Entschließung der Reichsregierung.

In Ausführung dieser Entschließung wird die Reichsregierung durch das Auswärtige Amt bei den im Völkerbundrat vertretenen Mächten abschließend feststellen, ob die für die Stellung des deutschen Antrags erforderlichen Garantien, die sich sowohl auf Deutschlands Stellung im Völkerbund wie auf bestimmte andere, hiermit untrennbar zusammenhängende Fragen beziehen, gewährleistet sind.

Der Berner deutsche Gesandte in Genf.

Zürich, 23. Sept. Der „Tagesanzeiger“ meldet aus Genf: Der deutsche Gesandte aus Bern ist gestern abend in Genf eingetroffen. Er hatte Besprechungen mit Sandro Ursland und Lord Parmoor. In Genf sind zahlreiche deutsche Sozialisten und Pazifisten eingetroffen, die die Auslandsprese fortlaufend informieren, daß keine Widerstände in Deutschland mehr vorhanden seien.

Das Genfer Sicherheitsprotokoll.

Bestimmungen dazu dienen sollen, künftige Kriege soweit es in menschlicher Macht steht, zu verhindern, ist in den letzten Tagen nach eingesetzter angestrengter Arbeit fertiggestellt worden und hat damit seine, vermutlich endgültige Fassung erhalten. Wie man weiß, hatte der tschechoslowakische Minister Dr. Benesch einen Vorentwurf vorgelegt, der als Grundlage für die Beratungen der Kommission und ihrer Unterkommissionen gedient hat. Er hat dabei nicht unwesentliche Änderungen erfahren, schon dies ein Gewebe dafür, wie schwierig die Materie ist, die die Nationen des Völkerbundes hier in Paragraphen zu fassen suchen. Auch Dr. Benesch selbst hat in der Rede, mit der er das neue Protokoll der Kommission unterbreitete, auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und erst recht ist dies durch andere Redner insbesondere den Engländern, geschehen. In der Tat handelt es sich hier um eine Art Quadratur des Kreises um die Unterstellung der Staaten unter eine Oberaufsicht ohne daß ihre Souveränität Kubusche erleidet. Hier liegt der wesentlichste Stein des Unfrosches und dazu kommen dann noch die Einzelfragen wie diejenigen der Sicherheit, der Sanctionen, der Schiedsgerichte, die für sich allein schon zu ihrer Lösung ihrer übermenschliche Weisheit beanspruchen. Wenn Dr. Benesch in der Kommission hervorholte, es gäbe nur noch zwei Fälle, in den

Günstige Aufnahme in Genf.

Genf, 23. Sept. Der Beschluß der Reichsregierung zur Frage des deutschen Beitritts zum Völkerbund, der hier mit großer Spannung erwartet worden war, wurde von den Delegierten günstig beurteilt. Von maßgebender Seite der französischen Delegation wurde erklärt, die von der Reichsregierung getroffene Lösung sei die einzige richtige unter den gegenwärtigen Umständen, da in der gegenwärtigen Phase des Völkerbundversammlung ein Aufnahmegeruch völlig verfehlt gewesen wäre. Es sei nicht ausgeschlossen, daß vor der nächsten Völkerbundversammlung in absehbarer Zeit eine außerordentliche Versammlung fahrt mit der Aufnahme Deutschlands besessen könnte.

Die Haltung Frankreichs.

Paris, 23. Sept. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Genf berichtet über eine Demarche die Dr. Ransan heute vormittag bei der französischen Delegation unternommen habe. Er habe erklärt, er sei der Vorsitzende einer Anzahl von Delegationen, wenn er komme, um sich bei der französischen Delegation über ihre Absichten zu informieren für den Fall, daß das Deutsche Reich seine Aufnahme in den Völkerbund verlangt. Im Namen sämtlicher anwesenden französischen Delegierten habe Ursland geantwortet, die von Ransan gestellte Frage sei eine Regierungssache, deren Beantwortung in London und Paris gesucht werden müsse. Er habe hinzugefügt, er habe keinen Grund, um nicht die Meinung zu vertreten, die am 5. September Herrort über die Auflassung Deutschlands geschildert habe nämlich daß die Aufnahme Deutschlands den allgemeinen Regeln unterworfen werden müsse und daß weder eine Vorzugsbehandlung gewährt noch eine Ausnahme gemacht werden könne. Dem Berichterstatter zufolge äußerte man, daß Ransan von dieser Unterredung einen wenig vertrauensvollen Eindruck hinsichtlich der sofortigen Auflassung Deutschlands gewonnen habe.

Paris, 23. Sept. Die öffentliche Meinung Frankreichs interessiert sich im Augenblick viel mehr für die Fragen, ob Deutschland dem Völkerbund beitreten wird, als für die Beratungen über die Friedensformeln. Die Zeitungen sprechen sehr viel über die „Bedingungen“ die das Reich stellen will, bevor es seine Aufnahme in den Bund beantragt. Gestern schien man, nach einem wahrscheinlich offiziell beeinflußten Bericht Sauvain in „Matin“ zwischen Genf und Paris über das Aufnahmedurchfahren verhandelt zu haben, das die Gegner und Anhänger Deutschlands zusammenbringen soll. Deutschland soll aufgeworfen werden, aber nicht als „Triumphator“. Die Aufnahme soll nicht sofort erfolgen, sondern erst in drei Monaten, wenn die militärische Kontrolle beendet ist, und die Dardes-Organisation läuft. Eine besonders einberufene Versammlung des Völkerbundes soll im Januar die Aufnahme formell vollziehen, nachdem diese im Prinzip schon fest beschlossen worden ist. Ob diese Idee, die einen drastigen Entschluß durch vorstehendes Parlamentieren erzeugen will, nur ein Fühler sein soll oder ob sie ernsthafte erwogen wird, muß sich bereits in wenigen Tagen zeigen.

nun der Krieg zu erwarten sei, nämlich beim Widerstand gegen den Angriff und sobald der Krieg gegen den Angreifer, und wenn er dann fortgeführt, vollkommen verboten sei der Angriffsrieg, so ist sicherlich er selbst nicht minder als die übrigen Delegierten sich bewußt gewesen auf wie schwachen Füßen eine Vereinbarung steht die den Angriffsrieg einfach verbietet, ohne die Mittel in der Hand zu haben, dies Verbot auch durchzuführen. Aber diese Mittel hofft man später zu erhalten durch die auf einer besonderen Konferenz im nächsten Jahre zu beschließende Verminderung der Rüstung. Bis dahin ist möglich auch die Geltung des neuen Protocols suspendiert worden. Warten wir also erst einmal ab, was bei der Abstimmungskonferenz herauskommt! Falls sie versagt bleiben die festigen Abmachungen kaum mehr als ein Schlag ins Wasser.

Geplantes Attentat auf Herrort.

Paris, 23. September. Heute nachmittag kurz vor der Abreise des Ministerpräsidenten nach Ramboisset übernahm eine Dame dem wachhabenden Posten einen geladenen Revolver und erklärte, daß sie die Absicht gehabt habe, auf den Ministerpräsidenten zu schießen, weil er die Politik Gallia und Maury unterstüzt habe. Sie habe ihr Vorhaben in der letzten Minute aufgegeben, weil die Persönlichkeit Herrorts auf sie einen sympathischen Eindruck gemacht habe.

Die Bürgerblockidee gescheitert.

Im Reichstag haben mehrere Ausschüsse ihre Arbeiten bereits wieder aufgenommen, und es ist selbstverständlich, daß unter den nach Berlin zurückgekehrten Parlamentariern und Politikern auch die Frage nach der Umbildung der Regierung lediglich diskutiert wird. Wie bekannt, seitens die Deutschen nationalen aus Aufrufen die ihnen der Zentrumsabgeordnete Guérard gemacht haben soll, gewisse Rechte auf den Eintritt in die Regierung ab. Aus maßgebenden Zentrumskreisen wird jedoch verlautet daß diese Annahme der Deutschen nationalen jeder Begründung entbehrt. Die führenden Männer des Zentrums hinter denen der größte Teil der Fraktion und der Partei steht, denkt nicht an die Bildung eines Bürgerblocks. Von der Einsicht einer solchen kann keine Rede sein, weil eine solche Ausage nicht vorliegt. Da auch die Demokraten für eine Koalition mit den Deutschen nationalen nicht zu haben sind, dürfte das Schicksal des von den Deutschen nationalen herbeigeführten Bürgerblocks endgültig besiegt sein.

Zum Skandal bei der Thüringischen Staatsbank.

Zu der Angelegenheit des Staatsbankpräsidenten Loeb wird folgendes mitgeteilt: Auf Veranlassung des Thüringischen Landeskriminalamtes sind im Laufe des Montags in Frankfurt a. M. die von dem bisherigen Staatsbankpräsidenten Loeb in der Nacht vom Sonntag zum Montag nach Frankfurt geschafften Gedächtnisse, Koffer und Schreiber mit Alten, vorläufig beschlagnahmt worden.

Weimar, 23. Sept. In einer gestrigen Sitzung hat das thüringische Staatsministerium beschlossen, den Präsidenten Loeb der Thüringischen Staatsbank ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen und ihn aus seiner Stellung als leitenden Direktor zu entlassen. Als Grund für die fristlose Kündigung und Entlassung wird angegeben, daß Herr Loeb seinen unmittelbaren Vorgesetzten, den Finanzminister, wiederholt über angeblich der thüringischen Wirtschaft zugeführte In- und Auslandskredite bewußt irreführt und größtenteils geäußert habe. Hinzu kommt noch, daß nach dem Ergebnis der vorgenommenen Revision Loeb sich schwere Verstöße gegen das Staatsbankgesetz zuschulden kommen ließ. Weiter heißt es, daß das Staatsministerium auch den Staatskommissar Märtler aus seiner Stellung als Verwahrer des Finanzministeriums fristlos entlassen und den ihm als Vorstehenden des Verwaltungsrates erteilten Auftrag mit sofortiger Wirkung zurückgezogen hat.

Die Aussichten der Reparationsanleihe in England und Amerika.

London, 23. Sept. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erörtert die Aussichten der in den nächsten Monaten in London und Reichsort zur Ausgabe gelangenden Reparationsanleihe. Er stellt fest, daß die Aussichten dieser Anleihe sich in den letzten Wochen in England etwas gebessert hätten, obwohl man in Einzelfällen noch keinerlei Begeisterung oder Interesse für dieses Geschäft bemerkt könne. Wahrscheinlich werden sich einige große Einhäuser nicht an der Ausgabe der Anleihe beteiligen wollen.

In amerikanischen Bankkreisen ist man aber optimistischer geworden, weil in Amerika viel intensiver zu Gunsten der Anleihe Propaganda gemacht werde, indem man darauf hinweist, daß es die am besten gesicherte Anleihe sei, die man sich überhaupt denken könne und daß es eine Anleihe sei, die keineswegs ausschließlich Deutschland zugute komme, sondern zugleich Frankreich Belgien und Italien erheblich nützen werde.

Exportabgabe an Frankreich unmöglich.

Berlin soll das Schiedsgericht anrufen.

Berlin, 23. Sept. Die Einführung der Reparationsabgabe durch Frankreich hat den Handel für Gewerbe, Handel und Industrie verlangsamt, bei der Reichsregierung um Herbeiführung einer schiedsrichterlichen Entscheidung auf Grund des mit der Reparationskommission getroffenen Abkommen vorstellig zu werden, da durch die erneute Erweiterung des Systems der Reparationsabgabe auf die deutschen Exportwaren eine Entziehung von etwa 800 bis 850 Millionen Goldmark an Debtsenkingungen im Jahre zu beobachten sei, ein Ausfall, der bei der jetzigen Lage der Handelsbilanz von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden könne und zwangsläufig der endgültigen Währungsgrundfestung entgegenwirken müsse.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat an die Reichsregierung die dringende Bitte gerichtet, alles zu tun, um diese französische Maßnahme zufriedig zu machen, aus mindestens über eine Wiederholung der